53080

Wer vereitelt den Abschluß des österreichischen Staatsvertrages?

53080

Wer vereitelt den Abschluß des österreichischen Staatsvertrages?

Wien 1953

53080

53:67

STUDIEN-BIBLIOTHEK LINZ

Die dem amerikanischen Diktat gehorchende Mehrheit der UNO-Vollversammlung hat am 20. Dezember 1952 eine Resolution zur österreichischen Frage durchgedrückt, was von der österreichischen Regierungspresse und den reaktionären Kreisen der USA, Englands und Frankreichs als ein wichtiger Schritt hingestellt wird, der angeblich zum beschleunigten Abschluß des österreichischen Staatsvertrages beitragen soll.

Diese Behauptungen sind lediglich ein Propagandamanöver der österreichischen Regierungsparteien im Wahlkampf, der sich derzeit in Österreich abspielt. Dabei helfen ihnen auch jene einflußreichen ausländischen Kreise, die hinter der derzeitigen österreichischen Regierung stehen.

Das Manöver wurde auf Verabredung zwischen dem Staatsdepartement der USA und den reaktionären Regierungskreisen Österreichs unternommen, um durch eine demagogische Betriebsamkeit in der österreichischen Frage in der UNO **die Aufmerksamkeit der österreichischen Öffentlichkeit von den verhängnisvollen Folgen abzulenken, die die Unterwerfung der Politik Österreichs unter amerikanisches Diktat nach sich zieht, und um die Verantwortung für diese Folgen vom Schuldigen auf den Unschuldigen abzuwälzen.**

Dabei verfolgt man auch den Zweck, die derzeitige österreichische Regierung zu stützen, woran die reaktionären Kreise in Österreich angesichts der bevorstehenden Parlamentswahlen ein besonderes Interesse haben.

Wie ist aber die wirkliche Lage der Dinge? Welche Hindernisse stehen dem Abschluß des österreichischen Staatsvertrages in Wirklichkeit entgegen, und wie kann man zu einer raschen und richtigen Lösung dieser Frage gelangen?

Die Westmächte torpedieren die Wiederherstellung eines freien, unabhängigen Österreich

Die österreichische Frage ist aus der Annexion Österreichs durch Hitler entstanden, und mit der Beendigung des Zweiten Weltkrieges wurde es notwendig, diese Frage im Geiste der Wiederherstellung eines unabhängigen und freien Österreich zu lösen.

Schon lange bevor die Sowjettruppen Österreich vom hitlerischen Joch befreit hatten, formulierte die Sowjetregierung ihren Standpunkt dahingehend, daß Österreich nach Beendigung des Krieges als ein freier, unabhängiger Staat wiederhergestellt werden muß. Am 30. Oktober 1943 wurde auf der Konferenz der Außenminister der Sowjetunion, Großbritanniens und der USA in Moskau die Deklaration über Österreich beschlossen, der sich später auch Frankreich anschloß.

In dieser Deklaration verkündeten die oben genannten Staaten feierlich, daß sie „ein freies und unabhängiges Österreich wiederhergestellt sehen wollen".

Auf der Potsdamer Konferenz 1945 wurden die Prinzipien der gemeinsamen Politik der Sowjetunion, der USA und Großbritanniens hinsichtlich Österreichs festgelegt. Zu diesen Prinzipien bekannte sich später auch Frankreich. Da-

von ausgehend schlossen die vier Mächte im Juni 1946 das Kontrollabkommen über Österreich.

Auf der im Dezember 1946 in New York stattgefundenen Konferenz der Außenminister der vier Mächte wurde beschlossen, den Entwurf eines Staatsvertrages auszuarbeiten, der die Wiederherstellung Österreichs als eines freien, unabhängigen, demokratischen Staates sichert.

Somit ist klar erwiesen, daß die österreichische Frage vollständig zum Kompetenzbereich der vier Mächte gehört. Was aber die UNO betrifft, so hatte sie natürlich kein Recht, sich mit dieser Frage zu befassen; denn Artikel 107 der UNO-Satzung erklärt es für unzulässig, daß mit der friedlichen Nachkriegsregelung verbundene Fragen in der UNO behandelt werden. Wenn die Regierung der USA ihre eigene Unterschrift unter internationale Abkommen ignoriert und mit Hilfe ihrer Satelliten diese Frage auf der siebenten Tagung der Vollversammlung aufs Tapet gebracht hat, dann hat sie das getan, um die österreichische Frage zu verwirren und zu komplizieren und sich unter dem Lärm demagogischer Diskussionen der Verantwortung für die Vereitelung des Abschlusses eines Staatsvertrages mit Österreich zu entziehen.

Und in der Tat, wären die regierenden Kreise der USA wie auch Englands und Frankreichs den Verpflichtungen nachgekommen, die sie während des Krieges und gleich nach Beendigung des Krieges auf sich genommen haben, so wäre der österreichische Staatsvertrag schon längst unterzeichnet, wären die ausländischen Truppen aus Österreich abgezogen, wäre das österreichische Volk selber der Herr seines Schicksals geworden.

Die Tatsachen bezeugen, daß die Wiederherstellung eines freien und unabhängigen Österreich

ausschließlich durch die Schuld der regierenden Kreise der USA, Englands und Frankreichs verzögert wird, die gemeinsame Sache mit den österreichischen Reaktionären machen und zudem die übernommenen Verpflichtungen gröblich verletzen.

Schon im Anfangsstadium der Ausarbeitung des Entwurfes des österreichischen Staatsvertrages war es klar geworden, daß die Vertreter der Westmächte kein Interesse am baldigen Abschluß des Vertrages haben.

Im Laufe der langwierigen Verhandlungen auf den Konferenzen der Außenminister und ihrer Stellvertreter wichen die Vertreter der USA, Großbritanniens und Frankreichs unter verschiedenen Vorwänden den Beschlüssen der vier Mächte aus, insbesondere in den Wirtschaftsfragen (deutsche Vermögenswerte in Ostösterreich), worüber das Potsdamer Abkommen genaue Richtlinien enthält.

Sowjetregierung beschleunigte Staatsvertragsverhandlungen

Da die Sowjetregierung den baldigen Abschluß des Staatsvertrages mit Österreich wünscht, unternahm sie alles, um die Ausarbeitung dieses Vertrages zu beschleunigen.

Bekanntlich wurde auf der Potsdamer Konferenz vorgesehen, daß alle in Ostösterreich befindlichen deutschen Vermögenswerte der Sowjetunion zu übergeben sind. Auf der Pariser Konferenz der Außenminister der vier Mächte im Juni 1949 machte die Sowjetregierung wesentliche Zugeständnisse zugunsten Österreichs, so willigte sie zum Beispiel ein, einen bedeutenden Teil der deutschen Vermögenswerte an

Österreich abzutreten, und zwar gegen eine Summe, die bedeutend unter dem wirklichen Wert liegt. Statt einer zweijährigen Frist für die Bezahlung dieser Summe akzeptierte die Sowjetregierung eine sechsjährige Frist.

Auf der gleichen Pariser Konferenz kamen zwischen den Regierungen der Sowjetunion, der USA, Englands und Frankreichs auch Vereinbarungen in anderen wichtigen wirtschaftlichen und politischen Fragen hinsichtlich Österreichs zustande, was den Weg zur **Fertigstellung des Staatsvertrages** mit Österreich und zu einer Regelung der österreichischen Frage öffnete. Die Regierungen der Westmächte zogen aber einen anderen Weg vor. Sie schlugen den

Weg der offenen Vereitelung der Vorbereitung eines Staatsvertrages

ein. Erstens unterzogen sie durch die Einbringung verschiedener „Abänderungsvorschläge" bereits vereinbarte Punkte einer Revision. Zweitens lehnten sie kategorisch den Antrag der Sowjetunion auf eine in allen Zonen Österreichs durch alle vier Mächte gleichzeitig und gemeinsam vorzunehmende Überprüfung ab, durch welche festgestellt werden sollte, in welcher Weise die österreichische Regierung die Beschlüsse der vier Mächte über die Entmilitarisierung und Entnazifizierung Österreichs durchführt. Drittens lehnten die Vertreter der Westmächte ab, die Frage der Nichteinhaltung der von der Sowjetunion, den USA, Großbritannien und Frankreich beschlossenen Bestimmungen des Friedensvertrages mit Italien über Triest zu erörtern. Als die Sowjetregierung diese Frage aufwarf, stellte sie mit Recht fest, daß, solange die

internationalen Verpflichtungen, die die Regierungen der drei Mächte Triest gegenüber auf sich genommen haben, nicht erfüllt werden, auch keine Garantie dafür besteht, daß dem Vertrag mit Österreich nicht das gleiche Schicksal beschieden sein wird.

Würden die regierenden Kreise der USA, Englands und Frankreichs tatsächlich den Abschluß des Staatsvertrages mit Österreich anstreben, so gäbe es keine ernsthaften Schwierigkeiten, die obenerwähnten Fragen zu lösen, und zwischen den vier Mächten wäre schon längst eine Vereinbarung zustande gekommen.

1952 nahm aber die Sache eine ganz neue Wendung, und zwar zeigte es sich, daß die Regierungen der USA, Englands und Frankreichs offen den Weg der Torpedierung des österreichischen Vertrages beschritten haben.

Der amerikanische Trick mit dem „Kurzvertrag"

Im März 1952 beantragten die Regierungen der Westmächte offen, auf den Abschluß des Staatsvertrages, der im wesentlichen zwischen den vier Mächten bereits vereinbart und von Österreich gebilligt war, überhaupt zu verzichten, und statt dessen schlugen sie den von ihnen hinter den Kulissen ausgearbeiteten Entwurf eines sogenannten „Kurzvertrages" vor. Also zeigte es sich, daß der Abschluß des früher ausgearbeiteten Staatsvertrages mit Österreich in Wirklichkeit keineswegs in der Absicht der Westmächte liegt.

Die Natur dieses „Kurzvertrages" wurde in den Noten der Sowjetregierung an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs vom

14. August und 27. September 1952 restlos aufgedeckt. Der „Kurzvertrag“ sieht **keinerlei Bestimmungen vor, die zur Wiederherstellung eines wirklich unabhängigen und demokratischen österreichischen Staates beitragen könnten. Zugleich bietet er weiteste Möglichkeiten für das Wiedererstehen eines faschistischen Regimes und die Verwandlung Österreichs in einen Satelliten der amerikanischen Aggressoren.**

Der „Kurzvertrag“ ignoriert gleichzeitig vollkommen das Potsdamer Abkommen hinsichtlich der Übergabe deutscher Vermögenswerte in Ostösterreich an die Sowjetunion, was offensichtlich gegen die Sowjetunion gerichtet ist, und schließt bewußt die Möglichkeit eines Übereinkommens zwischen den vier Mächten aus. Dieser Entwurf ist früher von den Vertretern der vier Mächte nicht behandelt worden, sondern wurde von den drei Mächten ohne Beteiligung der Sowjetunion fertiggestellt.

In ihren Noten vom 14. August und 27. September 1952 wies die Sowjetregierung auch darauf hin, daß der sogenannte „Kurzvertrag“ nicht bloß den Potsdamer Beschlüssen, sondern auch den anderen Vereinbarungen der vier Mächte hinsichtlich Österreichs, insbesondere den zwischen den vier Mächten vereinbarten Bestimmungen über die Österreich betreffenden politischen und wirtschaftlichen Fragen, die 1949 auf der Pariser Außenministerberatung beschlossen wurden, nicht entspricht.

Um weiteren Verzögerungen in der Frage des österreichischen Vertrages entgegenzusteuern, richtete die Sowjetregierung an die USA-Regierung wie auch an die Regierungen Englands und

Frankreichs den

Vorschlag, den „Kurzvertrag" zurückzuziehen

und zu bestätigen, daß sie bereit sind, die Erörterung des früher von den vier Mächten bereits fast vollständig vereinbarten Staatsvertrages mit Österreich zu Ende zu führen.

Diesen Vorschlag machte die Sowjetregierung zweimal: in der Note vom 14. August und in der Note vom 27. September vorigen Jahres. Aber weder auf den ersten noch auf den zweiten Vorschlag erhielt sie eine Antwort. Die Regierungen der USA, Englands und Frankreichs vermeiden es bis auf den heutigen Tag, auf diese Frage zu antworten, und zwar offenbar nur deshalb, weil sie in Wirklichkeit den Abschluß des Staatsvertrages mit Österreich nach den Grundsätzen, über die sich die vier Mächte im wesentlichen bereits geeinigt haben, nicht wünschen.

Hinter dem Rücken der Sowjetunion haben sie den „Kurzvertrag" fabriziert als ein weiteres Mittel, den Abschluß des Vertrages mit Österreich zu vereiteln.

Die Sowjetregierung erachtete es um so mehr für notwendig, von den Regierungen der drei Westmächte das Einverständnis zur Zurückziehung des sogenannten „Kurzvertrages" und die Bestätigung ihrer Bereitschaft zum Abschluß des Staatsvertrages mit Österreich zu erhalten, als **die Regierung Österreichs gleichfalls den falschen Weg eingeschlagen hatte.**

Am 31. Juli 1952 übersandte die österreichische Regierung den Regierungen aller Mitgliedstaaten der UNO ein Memorandum, aus dem zu ersehen war, daß **die Regierung Österreichs, ohne den Interessen des österreichischen Volkes Rechnung zu tragen**

und ihren amerikanischen Protektoren folgend, sich weigert, den im wesentlichen bereits ausgearbeiteten Staatsvertrag mit Österreich anzuerkennen.

Die Dienstbeflissenheit der österreichischen Regierung

In diesem Memorandum verstieg sich die österreichische Regierung zu hemmungslosen Erklärungen, wie, daß „weitere Verhandlungen auf der Grundlage des alten Staatsvertragsentwurfes unmöglich" seien, und sogar zu den unsinnigen Drohungen, daß das österreichische Parlament diesen Vertrag nicht ratifizieren werde.

Die herrschenden Kreise Österreichs wollen in Dienstbeflissenheit gegenüber ihren amerikanischen Protektoren noch weiter gehen.

Sie erklären im voraus, daß sie sich weigern werden, diesem Vertrag zuzustimmen, selbst wenn er von allen vier Mächten vereinbart werden sollte.

Der österreichische Außenminister Gruber erklärte im Mai 1952, Österreich sei bereit, Verhandlungen auf der Basis des Jahres 1952, jedoch keineswegs auf der Basis des Jahres 1949 zu führen. Gleichartige Erklärungen wurden von Bundeskanzler Figl und von anderen führenden Persönlichkeiten der österreichischen Regierung abgegeben.

Diese Erklärungen der österreichischen Regierung und einzelner österreichischer Minister stellen das wahre Ziel des „Kurzvertrages" bloß, der von den Diplomaten der USA, Englands und Frankreichs auf Verabredung mit den österreichischen Reaktionären zusammengebraut wurde.

Diese Erklärungen gegen den bereits vorbereiteten Staatsvertrag mit Österreich zeigen, wer an der Sabotage des österreichischen Vertrages schuldig ist, wo die Quelle der Hindernisse liegt, die dem Abschluß dieses für das österreichische Volk so unerläßlichen Vertrages im Wege stehen.

Unter grober Verletzung des Viermächteabkommens hinsichtlich Österreichs sagen sich die Regierungen der USA, Englands und Frankreichs von dem zwischen den vier Mächten im wesentlichen vereinbarten Entwurf des Staatsvertrages mit Österreich los und versuchen, dem österreichischen Volk einen sogenannten „Kurzvertrag" aufzuzwingen, der erstens den bestehenden internationalen Abkommen über Österreich nicht entspricht und zweitens die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen österreichischen Staates nicht zu sichern vermag.

Westmächte tragen die volle Verantwortung

Dadurch haben sich die Regierungen der USA, Englands und Frankreichs mit der vollen Verantwortung für die Vereitelung des österreichischen Staatsvertrages beladen.

Aus all dem ist zu ersehen, worin gegenwärtig das Haupthindernis für den Abschluß des Staatsvertrages mit Österreich besteht.

Damit dieses Hindernis schwinde, müssen die Regierungen der USA, Englands und Frankreichs sich einverstanden erklären, zu abschließenden Besprechungen des zwischen den vier Mächten im wesentlichen bereits vereinbarten österreichischen Vertrages zurückzukehren und ihren „Kurzvertrag" fallen zu lassen, der weder mit der Aufgabe der Wiederherstellung eines freien und unabhängigen Österreich noch mit den Potsdamer

Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion vereinbar ist. Es versteht sich von selbst, daß die österreichische Regierung die Rechtmäßigkeit dieser elementaren Forderungen gleichfalls anerkennen muß und im weiteren sich nicht als Saboteur des vorbereiteten Vertrages betätigen darf. Keine Winkelzüge und Tricks mit dem „Kurzvertrag" werden da helfen.

Das österreichische Volk brandmarkt diejenigen, die es irrezuführen suchen, und diejenigen, die in Worten für den Abschluß des Staatsvertrages mit Österreich, in Wirklichkeit aber böswillige Saboteure des Vertrages sind.

Nachdem die Sowjetregierung in ihren Noten an die Regierungen der drei Mächte das wahre Wesen des „Kurzvertrages", der der Regelung der österreichischen Frage im Wege steht, entlarvt hatte, gerieten die Feinde des österreichischen Volkes in eine schwierige Lage. Um das Volk zu täuschen, haben sie ein neues Manöver ausgeheckt: Die Frage des österreichischen Staatsvertrages auf die Tagesordnung der UNO-Vollversammlung zu bringen.

Es war dies — wie die italienische Zeitung „Paese Sera" es bezeichnete — ein „Manöver zu 100 Prozent made in USA".

Auf der Suche nach jemand, der dieses Manöver einleitet, reisten die österreichischen Diplomaten in der Rolle amerikanischer Commis voyageurs durch die halbe Welt; der österreichische Bundeskanzler Figl besuchte eine Reihe westeuropäischer Länder, der österreichische Außenminister Gruber weilte in Jugoslawien, in Brasilien und anderen lateinamerikanischen Staaten; der Leiter der politischen Abteilung des österreichischen Außenministeriums Wildner fuhr durch die Länder des Nahen und Mittleren Ostens. Schließlich wurde bekannt, daß die brasilianische

Regierung, deren vasallenmäßige Abhängigkeit von den USA allgemein bekannt ist, die niedrige Rolle übernimmt, die „Besprechung der österreichischen Frage“ in der UNO-Vollversammlung durchzusetzen.

Der brasilianische Gesandte in Österreich, Gonsalvez, teilte ausländischen Journalisten unverblümt mit, die Behandlung der Österreichfrage in der UNO habe den Zweck, Voraussetzungen dafür zu schaffen, die Sowjetunion bezichtigen zu können, am Abschluß des österreichischen Staatsvertrages desinteressiert zu sein.

Warum die Lösung der österreichischen Frage verschleppt wird

Die Westmächte verschleppen vorsätzlich die Lösung der österreichischen Frage, weil sie ihre Truppen aus Österreich, der „Alpenfestung“, wie dieses Land von den amerikanischen Generalen, die von Eroberungen träumen, bezeichnet wird, nicht abziehen wollen.

Hier liegt der Hund begraben. Das ist der Hintergrund der Manöver der amerikanischen Diplomatie.

Die englische Wochenschrift „Economist“ vom 19. September 1952 schrieb offen, daß die Regelung der österreichischen Frage nicht im Interesse der Westmächte liegt. „Es wäre töricht, die Militarisierung von Gebieten im Land Salzburg“, so führt der „Economist“ aus, „und die Möglichkeit der Anlage von Stützpunkten für Düsenjagdflugzeuge in Reichweite des Balkans außer acht zu lassen.“

Noch unverblümter äußern sich die amerikani-

schen Generale selber. So ist aus einer Erklärung des Befehlshabers der amerikanischen Streitkräfte in Europa, General Eddy, klar zu ersehen, daß **die USA die Absicht haben, auf unbestimmte Zeit amerikanische Truppen in Österreich zu belassen.**

Der österreichischen Presse zufolge erklärte General Eddy, nach den vom Stab des Oberbefehlshabers der Nordatlantikkräfte in Europa ausgearbeiteten Plänen sei es erforderlich, daß amerikanische Truppen nicht nur in Österreich verbleiben, sondern die „Alpenfestung" noch mehr ausgebaut wird. General Eddy hat, wie die gleiche Presse berichtet, unterstrichen, das amerikanische Oberkommando könne, zumindest in den nächsten Jahren, einen Abzug seiner Truppen aus Österreich und Westdeutschland nicht zulassen.

Die amerikanischen Okkupanten benützen Westösterreich auch als Arsenal zur Versorgung der „Atlantik"armee

Die Wirtschaft der westlichen Gebiete des Landes wird in immer stärkerem Maße auf Rüstungsproduktion umgestellt. Sie ist zu einem Rohstoffanhängsel des aggressiven Nordatlantikblocks geworden. Die Regierung Figl-Schärf leistet dem Diktat der amerikanischen Okkupanten nicht nur keinen Widerstand, sondern ist ihnen in jeder Weise behilflich.

Alle diese Tatsachen bezeugen, daß die USA die Wiederherstellung eines unabhängigen österreichischen Staates nicht wollen, daß sie **vielmehr an der endlosen Besetzung Österreichs interessiert sind.**

Welchen Wert hat angesichts dessen das heuch-

lerische Gerede der amerikanischen Diplomaten und ihrer Spießgesellen in der UNO, daß sie die österreichische Frage in der UNO im Interesse des österreichischen Volkes behandelt hätten?

Welchen Wert hat der von der amerikanischen Mehrheit mittels mechanischer Abstimmung angenommene heuchlerische Appell an die Mächte, die die Moskauer Deklaration vom 30. Oktober 1943 unterzeichnet haben, „schnellstens ihren Verpflichtungen hinsichtlich Österreichs nachzukommen", wenn dabei die verbürgten Rechte der Sowjetunion mißachtet werden, die von den anderen Mächten und Österreich selber wiederholt anerkannt wurden?

So sehr sich die amerikanischen Diplomaten auch drehen und wenden mögen, es wird ihnen nicht gelingen, die Tatsache zu verschleiern, daß die USA und die mit ihnen verbundenen herrschenden Kreise Englands und Frankreichs an der Einhaltung dieser Verpflichtungen nicht interessiert sind und sich ihnen in jeder Weise zu entziehen suchen. Es liegt klar zutage, daß die ganze Verantwortung für die Vereitelung des Staatsvertrages mit Österreich die herrschenden Kreise der USA, Englands und Frankreichs sowie die reaktionären Machthaber Österreichs zu tragen haben.

Die Politik dieser Kreise ist gegen die grundlegenden Interessen des österreichischen Volkes gerichtet. Dagegen entspricht der Standpunkt der Sowjetunion, die für den raschesten Abschluß des Staatsvertrages mit Österreich auf der Grundlage des zwischen den vier Mächten früher getroffenen Abkommens eintritt, voll und ganz sowohl den Interessen des österreichischen Volkes als auch den Interessen aller friedliebenden Völker.

SOWJETISCHER
INFORMATIONSDIENST